

## Stadt Heidelberg

Federführung:  
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

Beteiligung:

Betreff:

**Schülerfriedensbüro Heidelberg e.V. -  
Mietkostenzuschuss**

# Beschlussvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen  
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 27. September 2012

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Jugendgemeinderat	18.09.2012	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Jugendhilfeausschuss	25.09.2012	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Jugendhilfeausschuss	13.11.2012	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Jugendgemeinderat empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, der Gewährung eines Mietkostenzuschusses in Höhe von 10.000 Euro an den Verein Citizens of the United Nations e.V. (Schülerfriedensbüro) für die Nutzung der Räumlichkeiten Luisenstr. 1-3 zuzustimmen.*

## **Sitzung des Jugendgemeinderates vom 18.09.2012**

**Ergebnis:** Zustimmung zur Beschlussempfehlung  
*Ja 15 Nein 00 Enthaltung 01*

## Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.09.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.09.2012

### 5 Schülerfriedensbüro Heidelberg e.V. - Mietkostenzuschuss Beschlussvorlage 0364/2012/BV

#### Es melden sich zu Wort:

Herr Knüpfer (Stadtjugendring), Stadtrat Krczal, Frau Baron (Gesamtelternbeirat), Stadtrat Gund, Stadträtin Dr. Werner-Jensen, Frau Lerch (SPD-Fraktion)

Aus der Mitte des Jugendhilfeausschusses wird angefragt, inwiefern Informationen über Art und den Umfang der Nutzung der Räumlichkeiten durch das Schülerfriedensbüro vorliegen. Desweiteren erfolgt der Hinweis, dass verschiedentliche Anfragen von anderen Jugendorganisationen bezüglich der stundenweisen Nutzung der Räumlichkeiten seitens des Schülerfriedensbüros abgelehnt worden seien. Insoweit stelle sich die Frage, ob bekannt sei, weshalb es zu keiner Untervermietung der Räume an andere Jugendorganisationen kommt. Da die offenen Fragen innerhalb der Sitzung nicht geklärt werden können beantragt Stadtrat Krczal den Tagesordnungspunkt in den nächsten Jugendhilfeausschuss zu vertagen und Informationen über die Art und den Umgang der Nutzung der Räumlichkeiten einzuholen. Zur nächsten Sitzung soll dann ein Vertreter des Vereins zugezogen werden.

Nach kurzer Diskussion stellt Bürgermeister Dr. Gerner den **Antrag** wie folgt zur Abstimmung:

Der Tagesordnungspunkt wird in den nächsten Jugendhilfeausschuss vertagt. Der Verein Citizens of the United Nations e.V. soll den Jugendhilfeausschuss über den Umfang und die Art der Nutzung der angemieteten Räumlichkeiten informieren. Zur nächsten Sitzung soll daher ein Vertreter des Vereins hinzugezogen werden.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

#### **Beschluss des Jugendhilfeausschusses:**

*Der Tagesordnungspunkt wird in den nächsten Jugendhilfeausschuss vertagt. Der Verein Citizens of the United Nations e.V. soll den Jugendhilfeausschuss über den Umfang und die Art der Nutzung der angemieteten Räumlichkeiten informieren. Zur nächsten Sitzung soll daher ein Vertreter des Vereins hinzugezogen.*

gezeichnet  
Dr. Joachim Gerner  
Bürgermeister

**Ergebnis:** einstimmig vertagt mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

## A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
<b>SOZ 6</b>	+	Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen Ziel/e:
<b>QU3</b>	+	Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern Begründung: Die finanzielle Unterstützung des Schülerfriedensbüros durch die Übernahme der Mietkosten bringt die Jugendlichen in ihrer Arbeit wesentlich voran und ermöglicht ihnen auch weiterhin, sich ehrenamtlich zu engagieren.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

## B. Begründung:

Der Verein Citizens of the United Nations e.V. (Schülerfriedensbüro) hat von der Stadt Heidelberg, Amt für Schule und Bildung, mit Wirkung vom 01.01.2008 Räume in der Luisenstraße 1-3 angemietet. Im Budget des Kinder- und Jugendamtes sind für die entstehenden Miet- und Mietnebenkosten Mittel in Höhe von 10.000 Euro eingestellt.

Laut Mietvertrag kann das Schülerfriedensbüro die Räume mit Zustimmung des Vermieters an andere Jugendgruppen und Jugendinitiativen untervermieten. Eine Untervermietung soll grundsätzlich unentgeltlich erfolgen. Falls aus pädagogischen Gründen ein Entgelt erhoben wird, ist dieses mit der Mietkostenzahlung zu verrechnen. Die Verwaltung hat das Schülerfriedensbüro gebeten mitzuteilen, ob im laufenden Jahr die Räume gegen Entgelt untervermietet wurden.

Nach Mitteilung des Schülerfriedensbüros vom 02.08.2012 ist eine Untervermietung gegen Entgelt nicht erfolgt und für den Rest des Jahres auch nicht geplant. Daher erhält das Schülerfriedensbüro vom Kinder- und Jugendamt für das Jahr 2012 einen Mietkostenzuschuss in Höhe von 10.000 Euro, der die gesamten Miet- und Betriebskosten deckt. Die Mittel werden im Rahmen einer inneren Verrechnung direkt an den Vermieter, das Amt für Schule und Bildung, überwiesen. Die Verwaltung bittet um Zustimmung.

Entsprechend den Regelungen des Mietvertrages ist vorgesehen, dass Vertreter des Schülerfriedensbüros in regelmäßigen Abständen in den Sitzungen des Jugendgemeinderates oder des Jugendhilfeausschusses über die Verwendung der Räumlichkeiten berichten. Dieser Bericht ist für eine der nächsten Sitzungen des Jugendgemeinderates vorgesehen

gezeichnet

Dr. Joachim Gerner